

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. August 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesanzeigen 20 P. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamensanzeigen 60 P. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 99

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz

Aber die sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung seit dem 9. November 1918 hat im Mai d. J. der damalige Reichsarbeitsminister Bauer der Nationalversammlung eine ausführliche Denkschrift zugehen lassen, auf die ich der bekannten Raumnot wegen heute erst eingehen kann. Verärgert dürfte dabei deshalb noch nichts sein, weil wir unter den Arbeitern immer und immer wieder den Einwand hören: „Seitens der Regierung ist noch fast gar nichts geschehen!“ Auch im „Korr.“ (Nr. 76) warf ein Kollege H. in Düsseldorf u. a. die Frage auf: „Was ist denn seit der Revolution erreicht worden? Außer dem Achtstundentage nach seiner Nützlichkeit nahezu gar nichts! Wenn dieser Kollege weiter nichts wie den „Korr.“ lesen sollte, dann müßte er allein daraus schon wissen, daß, was bis jetzt in zehn Monaten nach der Revolution in sozialpolitischer Beziehung geschehen ist, vor der Revolution in Jahrzehnten nicht erreicht werden konnte! Eine treffende Bezeichnung hat dem Düsseldorfer Kollegen in Nr. 84 des „Korr.“ der Kollege Mojs (Köln) auf den Weg gegeben, und auch die Redaktion hat ihm einige Artikelchen über seine großartige Sachkenntnis gesagt. Wenn H. jedoch in seinem Mahnruf an die „Führer der Arbeiterschaft“ meint, es wäre bisher nur geredet, aber wenig getan worden, so trifft das, soweit die Führer der Arbeiter und die Regierung in Betracht kommen, auch nicht zu. Zur Widerlegung dieser Behauptung wollen wir uns nun die Bauer'sche Denkschrift etwas näher ansehen.

Bereits am 12. November 1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten einen Aufruf an das deutsche Volk, in welchem u. a. mit sofortiger Gesetzeskraft verhängt wurde: „Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Die Gewerbeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.“ Wie haben nun die vereinsrechtlichen Zustände früher in Deutschland aus? Jeder Bundesstaat hatte sein eigenes Vereinsgesetz, die meisten kamen aus der Reaktionszeit nach 1848, einige waren noch älter. Erst 1908 bekamen wir ein Reichsvereinsgesetz, dessen Handhabung nach Erklärungen des damaligen Staatssekretärs Bethmann Hollweg eine liberale, von Kleinlichkeiten und Schikanen freie sein sollte. Trotzdem aber wurden gewerkschaftliche Stillen und Versammlungen vielfach als politisch erklärt und andre Schikanierungen in Massen verübt. Was die einzelstaatlichen Gewerbeordnungen anbetrifft, so waren diese, z. B. die preussische, teilweise über 100 Jahre alt. Vergingen also über die Änderung der Vereinsgesetzgebung 70 Jahre und noch mehr, so war die Befolgung der veralteten Gewerbeordnungen in 100 Jahren nicht zu erreichen. Ebenso litten die Landarbeiter unter Ausnahmegeetzen, die 50 Jahre und noch älter waren. Hiermit ist sofort nach der Revolution ausgeräumt worden. In dem erwähnten Aufrufe werden nicht allein weitere sozialpolitische Verordnungen angekündigt, sondern auch bekanntgegeben, daß spätestens am 1. Januar 1919 der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft trete.

Untern 15. November wurde dann eine Vereinbarung der großen Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften vom Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, ihre Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wurde das gleiche empfohlen. In dieser Vereinbarung war ebenfalls der Achtstundentag vorgegeben. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeitserfinder wurde hier unzulässig erklärt, die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt usw. Da die Kommunisten schon so weit sind, die Gewerkschaften für unfähig zu erklären und die Unabhängigen mehr oder weniger mit ihnen auch darin liebäugeln, so sei daran erinnert, daß die Empfehlung an die Reichs- und Landesbehörden, die Bestimmungen der erwähnten Vereinbarung zu beachten, von dem damaligen Volksbeauftragten Haale mit unterzeichnet worden ist. Damit hat doch auch er wohl die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt! Auf dem im August in Hamburg stattgehabten Kongreß der Erwerbslosen Deutschlands erklärte dagegen der Referent über „Rätesystem und Erwerbslosigkeit“, nach seiner Meinung seien die Gewerks-

chaften nicht die beruflichen Vertreter der Arbeiter. Und dabei sind gerade die Gewerkschaften schon in früherer Zeit die eifrigsten Befürworter der Einführung der gesetzlichen Erwerbslosenunterstützung gewesen, wie sie ihrerseits diesen Unterstützungszweig bereits Jahrzehnte vorher eingeführt hatten, bevor dies vom Reich und den Gemeinden geschah. Die Buchdrucker waren bekanntlich die Schrittmacher, die Frage der Arbeitslosenunterstützung überhaupt in Fluß zu bringen. Sie hatten noch vor zwei Jahrzehnten manche Anfechtung deswegen zu ertragen.

Die Erwerbslosenfürsorge einzurichten, wurde den Gemeinden bereits durch Verordnung vom 13. November zur Pflicht gemacht. Die Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen sieht die Verordnung vom 9. Dezember, die Meldepflicht der Arbeitgeber bei Bedarf an Arbeitskräften dagegen die Verordnung vom 17. Februar vor. Untern 16. März folgte dann noch eine Verordnung zur Behebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft. Für die Behandlung der Frauenfrage in der Demobilisationszeit wurden vom Kriegs- bzw. Demobilisationsamt entsprechende Richtlinien herausgegeben. Außer den Verordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November und 17. Dezember folgte eine solche über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 23. November sowie über Entlohnung und Errichtung von Saubäuschüssen im Bäckerei- und Konditorei-gewerbe vom 2. Dezember. Die Arbeitszeit der Angestellten findet ihre Regelung in der Verordnung vom 18. März und die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken in der Verordnung vom 5. Februar. Im Anschluß hieran verdienen dann noch Erwähnung die Verordnungen über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember sowie die über Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter und die über die Angestellten vom 4. und 24. Januar.

Diesen sehr wichtigen Verordnungen folgten dann die vorläufige Landarbeitersordnung vom 24. Januar, ferner Verordnungen über Arbeitskammern im Bergbau vom 18. Januar und 8. Februar und eine solche über die Errichtung von Sachausschüssen für Hausarbeit am 13. Januar.

Alle diese Verordnungen, die den Arbeitern und Angestellten mehr oder weniger größere Vorteile brachten, sind nur als Vorläufer für die endgültige Umgestaltung des Arbeitsrechts zu betrachten. Von der Ansicht ausgehend, daß das Arbeitsrecht als Gegenstand internationaler Regelung in den Friedensvertrag aufzunehmen sei, wurden von Deutschland entsprechende Vorschläge hierzu unterbreitet. Wenn diese Vorschläge keine Aufnahme fanden, so lag das leider daran, daß wir nicht die Macht hatten, sie zur Annahme zu bringen.

Ebenso wichtig wie ein internationales Arbeitsrecht ist die internationale Sozialversicherung. Es muß danach gestrebt werden, auch in den übrigen Staaten eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter, und Arbeitslosigkeit sowie eine Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung einzuführen. Trotzdem Deutschland den andern Staaten auf diesem Gebiete weit voraus ist, haben wir seit Ausbruch der Revolution durch mehrere Verordnungen weitere Verbesserungen erhalten. Bereits untern 12. November wurde die Weltergänzung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente angekündigt, dann brachte die Verordnung vom 14. Dezember auch den Altersrentnern eine Zulage, und nach der Verordnung vom 2. Dezember sollen die Unfallrentner ebenfalls die Zulage für das Jahr 1919 weiter erhalten. Die Verordnung vom 22. November brachte eine Ausdehnung der Krankenversicherung usw. Während die Betriebsbeamten und andre Angestellte in ähnlich gehobener Stellung früher bis zu einem Einkommen von 2500 Mk. versicherungspflichtig waren, ist diese Höchstgrenze jetzt auf 5000 Mk. heraufgesetzt. Ferner ist die Grenze eines jährlichen Gesamteinkommens von 4000 Mk. fallen gelassen worden, deren Überschreiten bisher das Recht zur freiwilligen Weltergänzung bedeutete. Die Verordnung vom 3. Februar räumte dann mit einer Reihe von bisher zulässigen Befreiungen von der Versicherungspflicht — Dienstboten, Landarbeiter, teilweise Arbeitsunfähige usw. — auf. Eine Verordnung vom 5. Februar brachte den Wegfall der 1911 in die Reichsversicherungsordnung mit aufgenommenen kniffligen Bestimmungen bei der Wahl des Alterspflichtigen und der Anfertigung von Krankenkassenheften. Die Verordnung vom 21. Dezember verpflichtete die Gemeinden zur Weiterversicherung der Erwerbslosen bei den Krankenkassen.

Verfümt dies die Gemeinde, dann hat sie dem Erwerbslosen im Krankheitsfalle die gleiche oder eine gleichwertige Krankenbille wie bei den Krankenkassen zu gewähren. Entbindungen, die innerhalb sechs Wochen nach der Entlassung des Kriegsteilnehmers stattfinden, sollen nach einer weiteren Verordnung vom 21. Dezember hinsichtlich des Anspruchs auf Wochenbille so behandelt werden, als wenn die Dienstleistung noch fortgesetzt würde. Weiter erbhite diese Verordnung das Stillgeld von 50 auf 75 Pfl.

Andre sozialpolitische Verordnungen regeln noch die versicherungspflichtigen Wirkungen nach Aufhebung des Stilldienstgesetzes, die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge und Anmeldung von Ansprüchen in der Invalidenversicherung usw. Abschließend sei hier noch das von der Nationalversammlung unmittelbar vor deren Vertagung jetzt beschlossene Gesetz über die neue Wochenfürsorge, das unter der sozialpolitischen Rubrik des „Korr.“ noch Besprechung erfahren wird, mit erwähnt.

Neben Maßnahmen zugunsten der Kriegsbeschädigten brachte die Verordnung vom 1. Februar eine Änderung des Verfahrens in Militärverlegungssachen. Dieses Verfahren ist im sozialen Geiste umgestaltet worden. Besonders einschneidende Verordnungen bekamen wir auf dem Gebiete des Wohn- und Siedlungswesens. Bezirkswohnungskommissionen wurden hier zur Befolgung der dringenden Wohnungsnot mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Das im Bürgerlichen Gesetzbuche nur andeutungsweise geregelte Erbaurecht ist eingehend umgestaltet worden. Aber die Gewinnung von landwirtschaftlichem Siedlungsland sind umfangreiche Bestimmungen ergangen, die namentlich auch eine Heranziehung der großen Güter in Aussicht nehmen.

Die seit Ausbruch der Revolution erlassenen Verordnungen und Gesetze sind von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie legen dem Staat mehr oder weniger bedeutende Ausgaben auf. Den Vorteil davon haben die Arbeiter und Angestellten sowie die Kriegsbeschädigten. Daß damit unsere Wünsche noch nicht alle befriedigt sind, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Wer aber angelichts all dieser bereits getroffenen Maßnahmen weiter behauptet, außer dem Achtstundentage sei fast gar nichts erreicht, handelt, wenn nicht gerade böswillig; dann aber doch mehr wie leichtfertig. Je enger die Arbeiterschaft in der Zukunft bleibt, desto mehr wird noch erreicht werden können. Auch darf es dann nicht, mehr so drunter und drüber gehen, wie es in den verschiedensten Teilen Deutschlands häufig genug der Fall gewesen ist und tollheiten wie Verdrücktheiten nur zuviel gebracht hat. Je mehr sich die Regierung damit befaßt, desto mehr Vorkehrungen zu treffen, bei ausgebrochenen Unruhen die Ordnung wieder herzustellen, desto mehr Zeit geht ihr verloren, praktische Arbeit zu leisten! Schluß gemacht werden muß endlich einmal mit den wilden politischen Streiks und der passiven Resistenz sowie der Bekämpfung der Arbeiter untereinander.

Wenn bei den bis Mal erlassenen Verordnungen nicht alle Wünsche erfüllt sind, dann müssen wir uns auch gegenwärtigen, daß Deutschland nicht von den andern am Krieges beteiligten gewesen Staaten Milliarden einnimmt, sondern viele an diese zu zahlen hat. Also nicht Gold, sondern ungeheure Schulden bilden uns überall entgegen! Und je weniger gearbeitet wird, desto mehr sinkt der Wert des Geldes und je größer wird unsere Schuldenlast. Zur Umgestaltung des Arbeitsrechtes und dem weiteren Ausbau der Sozialpolitik gehört aber Geld und nochmals Geld. Soll es in Deutschland besser werden, so sorge ein jeder dafür, daß der Wert unseres Geldes steigt, dann werden, nebenbei bemerkt, auch die Lebensmittel billiger. Dies kann aber nur geschehen durch intensive Arbeit. Daß wir schaffen, positive Arbeit leisten müssen, fordert mit Recht ebenfalls der Kollege Mojs (Köln) in Nr. 84 des „Korr.“. Siernach zu handeln, ist wirklich die höchste Zeit!

Zun Schluffe sei dann noch darauf hingewiesen, daß der Nürnberg Gewerkschaftskongreß sich auch mit dem Ausbau der Sozialgesetzgebung befaßt und eine längere Entschlebung, die vorher auf einer Konferenz der Arbeiterschriftäre beraten worden, angenommen hat. Der Gewerkschaftskongreß hat diese Entschlebung dem Vorstande des Gewerkschaftsbundes zur weiteren Veranlassung überwiesen. Also auch in Nürnberg haben die Führer in sozialpolitischer Beziehung praktische Arbeit geleistet!

Hamburg.

M. Gildenberg.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Zweite Sitzung des Ausschusses

Zu Beginn feierte am 19. und 20. August abgehaltene Sitzung Kaufleute der Ansicht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die frühere Einflüsterungs-Kommission, die den Sachverhalt für den Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hatte, mit der Aufstellung eines Reglements für die Umfassung der Gewerkschaftskarteile und Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Danach beschloß die Sitzung erneut mit der Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den vom Reich abzuleitenden öffentlichen Gebieten. In Westpreußen (Bromberg) hat sich bereits ein Gewerkschaftsbund gebildet. Eine Zustimmung mit den Gewerkschaftsangehörigen Polens war letzter wegen der harnischen Absicht des polnischen Gewerkschafts nicht möglich. Eine Verbindung mit den Gewerkschaften Königreichs ist auch heute noch nicht möglich. Ob in absehbarer Zeit an eine solche gedacht werden kann, ist mehr als zweifelhaft, da die politischen Verhältnisse in der polnischen Entwicklung begriffen sind und mit denen der bisher deutschen Gebiete in keinem Verhältnis zu bringen sind. Die polnische Gewerkschaft wünscht eine Vertretung in diesem Gewerkschaftsbund sowie die Herausgabe der Materialien und des Gewerkschaftsorgans auch in polnischer Sprache sowie die Veranstaltung eines Kongresses. Zu dem auch die Westpreußen Zentrale sowie ein Vertreter der Zentrale Ostpreußen hinzugezogen wurden. Nach kurzer Debatte wurde der Ausschuss dahin schlüssig, daß der Gewerkschaftsbund alsbald Verhandlung mit den Zentralen in Warschau und Gdansk führen möge. Die übrigen Wünsche der polnischen Genossen sollen erfüllt werden und eine Konferenz mit Abgrenzung der Zentralen Kongresspolens und Ostpreußens herbeigeführt werden.

Auf Anregung von Unternehmerseite in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände nahm der Ausschuss Stellung zu der Frage eines einheitlichen Abschusses von Tarifverträgen in Industriebetrieben, die Arbeiter mehrerer Berufe beschäftigen. Diese Anregung wurde unterstützt von dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes, der die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Tarifvertrags im Bergbau schilderte und das Verlangen erhob, es möge immer die größte Organisation mit dem Abschluß eines Tarifvertrags betraut werden. In der Aussprache wurde seitens der Vertreter der in Betracht kommenden Verbände der Standpunkt vertreten, daß diese auf die Mitbestimmung an den Tarifabschlüssen aus rein sachlichen Gründen nicht verzichten könnten. Ein gemeinsames Arbeiten sei aber recht gut möglich. Der Ausschuss nahm folgende Entschliessung an: Die Organisation der Gewerkschaften Deutschlands ist aufgebaut auf Berufen. Diese Organisationsform hat sich auch bei den gegenwärtigen Ständen der industriellen Entwicklung durchaus bewährt. Mit der Organisation beruflich gestaltet, so muß auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beruflich erfolgen, und zwar möglichst in der Form von Reichstaxen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung von Tarifverträgen in Betrieben ergeben, wo mehrere Berufsgruppen in Frage kommen, kann bei aller Wahrung obigen Grundsatzes der Abschluß sogenannter Rahmenverträge, d. h. solcher, die das Lohngebiet nicht betreffen, ins Auge gefaßt werden. Vor der Einleitung betriebliger Tarifverhandlungen hat eine Verständigung zwischen den beteiligten Berufsverbänden stattzufinden mit der Maßgabe, daß allen das Recht verbleibt, an den Verhandlungen teilzunehmen und für ihre Verbandsangehörigen rechtsverbindlich abzuschließen. Bestehende Tarifvereinbarungen werden hieron nicht berührt.

Der Verhandlung über Organisation und Streikrecht der Beamten sind Vorträge aus Ordnungsgemäßer und gewerkschaftlicher Beamtenorganisationen vorausgegangen, welche die Generalkommission veranlaßten, mit der Gesamtkommission der deutschen Beamten, dem Deutschen Beamtenbund, in Führung zu treten zwecks gewerkschaftlicher Umgestaltung des letzteren. Falls der Deutsche Beamtenbund gewillt war, auf gewerkschaftlichen Boden zu treten, war die Möglichkeit eines kartellierten Zusammenwirkens der drei großen Arbeitnehmergruppen: der Arbeiter, der Privatangestellten und der öffentlichen Angestellten, gegeben. Die Beratung mit führenden Persönlichkeiten des Deutschen Beamtenbundes ergab deren Bereitwilligkeit, den letzteren auf gewerkschaftlichen Boden zu stellen, und es ist inzwischen auch eine Satzungsänderung im gewerkschaftlichen Sinn erfolgt. Insofern wären die Voraussetzungen für ein gewerkschaftliches Zusammenarbeiten mit dem Beamtenbund erfüllt; indes unterläßt der letztere zurzeit einen Fonds für die Wahl von Beamtenvertretern zur Nationalversammlung und zu anderen politischen Vertretungen, angeblich ohne Rücksicht auf deren Parteilichkeit. Dies muß als ein Gegenstand zur parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, wie sie der Münchener Gewerkschaftszentrale beschloßen hat, erkönnen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß daher Bedenken tragen, den Deutschen Beamtenbund als Gewerkschaft anzuerkennen und wird aus dieser Stellungnahme kein Hehl machen. Gleichwohl kann der Vorstand den Anschluß zweier Beamtenorganisationen in Bayern an den Gewerkschaftsbund nicht empfehlen, da im allgemeinen Sondergründungen von Beamtenorganisationen dem gewerkschaftlichen Zusammenwirken der Gewerkschaft nicht dienlich sind und da die eine Organisation in das Organisationsgebiet angeschlossener Gewerkschaften eingreift.

Der Ausschuss schloß sich einseitig den Auffassungen des Vorstandes an. In der Frage des Streikrechts der Beamten vertrat der Ausschuss den letzter betonten Standpunkt, daß den Beamten das Streikrecht wie jedem andern Arbeit- oder Zunftmitglied zustehe. Das Verbot von Lohnbewegungen macht sich bei vielen Betrieben der Wertschöpfungsindustrie über die Lohnentwicklung in andern Berufen geltend. Aus diesem Grunde wurde der Ausschuss dahin schlüssig, die Vorstände um einen möglichst freien Austausch solcher Angaben zu ersuchen. Der Bundesvorstand soll eingehend die Frage prüfen, wie die Lohnveränderungen in den verschiedenen Berufen baldmöglichst allen Gewerkschaften zur Kenntnis gebracht werden können.

Unter Lohnzahlungsfragen behandelte der Ausschuss mehrere vom Gewerkschaftszentrum ihm überwiesene Vorschläge des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes (insbesondere des § 616 BGB); Verwaltung Vorschläge des Metallarbeiterverbandes (Freitag als Lohnzahlungsanstand), Gewerkschaftszentrum Halberstadt (geheimliche Mindestlöhne) sowie einen Antrag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes (Bezahlung der geleihnten Wochenlohnsteuer). Viele Vorschläge wurden nach längerer Aussprache mit Ausnahme des Antrags betreffend geheime Mindestlöhne der Zustimmung für Vorberatung des einheitlichen Arbeitsrechts des Metallarbeiterverbandes überwiegen.

Demnach leitete A. Cohen über die Neugestaltung der Satzung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Diese steht die Begründung von folgenden 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die Industrie und Gewerbebereiche vor: 1. Eisen- und Metallindustrie, 2. Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 3. Baugewerbe, 4. Textilindustrie, 5. Bergbau, 6. Industrie der Steine und Erden, 7. Holzgewerbe, 8. Bekleidungsindustrie, 9. Papierfach, 10. Lederindustrie, 11. Transportgewerbe, 12. Glas- und keramische Industrie, 13. Chemie und 14. Die und Felle. Die Reichsarbeitsgemeinschaften sollen sich bis spätestens Mitte September konstituieren haben, so daß der Zentralausschuss der Zentralarbeitsgemeinschaft Anfang Oktober zusammenzutreten kann. Einwendungen gegen die Satzung wurden nicht erhoben. Dem Wunsch der Handwerksorganisationen, eine besondere Gesamtarbeitsgemeinschaft bilden zu dürfen und als solche sich der Zentralarbeitsgemeinschaft anschließen zu können, stimmte der Ausschuss nicht zu.

Am weiteren Verlaufe der Ausschussberatungen erstattete S. Sallenbach einen kurzgefaßten Bericht vom Internationalen Gewerkschaftszentrum in Amsterdam. Da ein größerer Teil der Mitglieder der deutschen Delegation vom Internationalen Kongress an der Ausschussung nicht teilnehmen konnte, so wurde die Aussprache über diesen Punkt verlagert.

Der Beitrag der Gewerkschaften zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für das Jahr 1919 soll nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Jahres 1919 berechnet werden.

Zur Organisation des Bundesvorstandes stellte Beginn mit, daß die bisherigen Räume der Generalkommission sich als unzureichend erwiesen hätten und gegen größere veräußert werden müßten. Er erläuterte die geplante Geschäftsverteilung, gegen welche Bedenken im Ausschuss nicht erhoben wurden. Der von der Generalkommission unterbreiteten Vorlage über die Regelung der Gehälter für die im Bureau des Bundesvorstandes beschäftigten Beamten und Hilfsarbeiter sowie über die Ferien und Sitzungsgelder stimmte der Ausschuss zu.

Ein Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Bundesvorstand erludt die Gewerkschaften um zuverlässige und möglichst beschleunigte Berichterstattung über Arbeitskraftverhältnisse. Das Schreiben wird den Gewerkschaften zur Kenntnis gebracht. Ein weiteres Schreiben des Reichsarbeitsministers weist auf die Ursachen der Kohlennot hin. Nach Mitteilungen Regions hat sich auch der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit dieser Frage befaßt. Er empfahl eine angemessene Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter unter Tage gegenüber andern Arbeitergruppen und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, wofür größere Fonds zur Verfügung gestellt werden sollten. Von letzterem Vorschlag wurde Abstand genommen, doch soll für eine erhöhte Wohnung der Bergarbeiter unter Tage Propaganda gemacht werden, um dem Bergbau mehr Arbeitskräfte zuzuführen. Während der Vertreter des Bergarbeiterverbandes über eine allmähliche Steigerung der Förderleistung in der Steinkohlenzeugung berichten konnte, liegen nach Mitteilungen Brunnens die Verhältnisse im Eisenbahnbau und in der Lokomotivfabrikation unzulänglich traurig. Auch nach andern Erklärungen liegt die Hauptursache der Kohlennot in den immer mehr überhandnehmenden Mängeln im Eisenbahnbau.

Das Reichsarbeitsministerium erludt infolge von Verhandlungen über Betriebsstilllegungen in der Industrie die Gewerkschaften um Auskunft und etwaige Materialien. Die Beantwortung wird dem Bundesvorstand überlassen.

Dem Anschlusse des Bundesvorstandes an das Institut für Gewerbehygiene stimmte der Ausschuss zu.

Korrespondenzen

Erding b. München. Am 28. Juli erfolgte hier die Gründung einer Mitgliederschaft bei einem Gebirgsstande von zehn Kollegen. Der Einberufer der Versammlung, Kollege E. Schardt, begrüßte die vollständig erschienenen Kollegen. Die Gründung wurde allseitig aufgenommen. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. gewählt als Vorsitzender und Vertrauensmann Kollege E. Schardt und als Kassierer Kollege Großberger. Einkimmig beschlossen

wurde der Beirat zum Bezirksverein Mühlberg a. Inn. Die letzte Lohnbewegung sowie die Fertigungswährung fanden am Orte große Durchführungen.

-atz. Stiefel. Eine Lehr auf besuchte außerordentliche Bezirksversammlung nahm am 26. Juli ein Referat ihres bisherigen zuleten Verbandsvorstandes, Kollegen Grahmann, über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, entgegen. Der Sannerchor der Musiker „Epigraphia“ eröffnete die Versammlung mit dem auf vorgelegten Chor „Mellenlied“. Kollege Streif begrüßte die Erschienenen, sprach den Referenten, und erstellte diesem nach dem Punkt „Abrechnung vom Jahresfest“ das Wort. Kollege Grahmann schilderte in lauzeren Ausführungen unsere jetzige wirtschaftliche, speziell gewerkschaftliche Lage. Der reiche Beifall bezeugte, daß der Redner das Richtige getroffen und allgemeines Verständnis gefunden hatte. Vorländer Streif dankte dem Kollegen Grahmann für seinen gutausgebauten Vortrag und wünschte ihm im Namen aller Anwesenden zu seinem neuen Betätigungsfeld viel Glück, gleichzeitig bedauernd, daß Kollege Grahmann unsern Wirkungskreis entzogen würde. Als Abschiedslied sang die „Epigraphia“ noch ein stimmvolles Lied. Damit fand die Versammlung ihr Ende. — Anlässlich unseres diesjährigen Jahresfestes fand die Erhebung der Kollegen A. Salzmann, M. Sperlich, J. Kramer, Mich. Bach, M. Dröbke und Julius Engel, die auf eine 25-jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken, sowie des Kollegen E. Müller, der sein 50-jähriges Berufsjubiläum feierte, statt. In würdiger Weise wurde auch der Gefallenen gedacht. Eine vom Kollegen Luft künstlerisch ausgeführte Gedenktafel mit den 66 Namen der braven Kollegen soll Zeugnis ablegen, daß wir unsre Toten nie vergessen.

Nach i. B. Am 3. August tagte unsere ordentliche Bezirksversammlung in Haslach. Mit Ausnahme von Nebl, das vom Feinde befehligt ist, waren sämtliche Druckorte mit 114 Kollegen vertreten. Mit kleinen Ausnahmen sind die tariflichen Verhältnisse im Bezirke geordnet. Zu ihrer Durchführung mußten Schiedsgericht, Kreisamt und Demobilisierungsausschuss mehrfach in Anspruch genommen werden, und zwar immer mit Erfolg. Der Geschäftsgang lag in den meisten Druckereien ein lauer. Trotdem sind fast alle vom Meer entlassenen Kollegen untergebracht. Zum 25-jährigen Verbandsjubiläum der Kollegen Christmann und Aroel (Nahr), Wegeler (Nebl), Plab (Gengenbach), Keller (Willingen) und Schmel (Achern) nahm unser Vorsteher Lindenlaub (Freiburg) eine entsprechende Ansprache. Die Subulare erhielten ein kleines Geschenk. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Christmann. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Offenau bestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, allezeit fest und einig zusammenzutreten.

Marburg. Auf eine 50-jährige Mitgliederschaft im Verbandsamt hant Kollege Jakob Schwabe zurückblicken. Er ist seit längeren Jahren Invalide. Eine kleine Feier soll am Sonntag, dem 31. August, im Sesbergischen Lokal stattfinden.

München. Eine letzte Feier führte am 26. Juli das Personal der Firma C. Mühlhalsers Buch- und Kunst- und Buchdruckerei M.-G. im „Eberbräuhaus“ zusammen. Es galt, das 50-jährige Berufsjubiläum von vier Kollegen, der Gelehr Georg Durman, Jakob Heinrich Ebnis, Franz Lipp sowie des Korrektors Moritz Hermann festlich zu begehen. Der Saal war schön geschmückt, und nachdem die Jubilare mit ihren Familienangehörigen sowie die beiden Herren Direktoren der Firma, Brandt und Elsbauer, mit dem fast vollständig erschienenen kaufmännischen Personal ihre Plätze eingenommen hatten, leitete eine Kapelle mit einem schneidigen Marsch die Feier ein. Eine 40 Mann starke Abteilung des Buchdrucker-Gesangsvereins München brachte verschiedene gut einstudierte Chöre sehr wirkungsvoll zu Gehör. Ein Prolog, von einem der Jubilare verfaßt, wurde mit viel Beifall aufgenommen. Herr Direktor Brandt dankte hierauf im Namen der Direktoren den Jubilaren für ihre langjährige Tätigkeit bei der Firma (35, 27, 18 und 12 Jahre) und ließ als überaus Zeichen der Anerkennung an die vier Kollegen je ein reichhaltiges Supper, enthaltend ein ansehnliches Geschenk, überreichen. Die Kollegenhaft der Firma bedachte die Subulare ebenfalls mit reichen Gaben in Form je eines hübsch geschmückten Korbes mit allerlei lederen Sachen. Hierauf nahm der Ortsvorstand des Verbandes, Kollege Döhling, der mit Vertretern des Ganges erschienen war, das Wort. Nachdem er im Namen der Mitgliederschaft München den Jubilaren seinen Glückwunsch ausgesprochen hatte, machte er interessante Ausführungen, fußend auf dem Boden der Verbandsorganisation. Eine große Reihe von guten Darstellungen unterhaltender Art trug zur Erhebung der Stimmung wesentlich bei. Alles in allem war es ein wohlgeleiteter Abend, an den nicht nur die Jubilare, sondern auch alle, die daran teilnahmen, noch lange mit Freuden zurückdenken werden.

Regensburg. Eine würdige und wohlverdiente Feier veranstalteten die Kollegen der Postischen Offizin ihrem langjährigen und verdientesten Kollegen und Mitarbeiter Leonhard Hiert anlässlich seines 50-jährigen Berufsjubiläums. Sallen hat auch am Vortage selbst, am 12. Juli, bereits eine kleine Erhebung in der Druckerei vorgenommen, so wollten sie doch auch in der Öffentlichkeit den allseitigen Kollegen und seine Familie ehren. Deshalb hatten sie die Gesamtkollegenhaft für 26. Juli in den neuen „Stammeslied“ erlassen, wo die Überreichung der Ehrenkrone, bei reichhaltigem Programm, das vollständig von Kollegen erbracht wurde, stattfand. Nach einem sinnigen Prolog behalt der Sprecher der

Druckerkollegen das Rednerpult und schloßerte, teils in humorvoller Weise, den Werdegang des Jubilars und überließ ihm eine Uhr als Angebinde. Dann folgte der Vorsitzende des Ortsvereins, gedachte der Verdienste des Jubilars um den Ortsverein, welchen dieser vom Jahre 1893-1893 als Vorsitzender leistete und dem er noch 20 Jahre als Vorstandsmitglied angehört. Auch seiner Verdienste für die Tariffrage (er war seit Gründung des Schiedsgerichts in diesem tätig, zuletzt als Obmannvorsitzender) wurde ehrenvoll gedacht. Unter Überreichung eines Geschenks des Ortsvereins und des üblichen Gausgeschenks schloß er mit einem Stuch auf den Jubilar. Der Vorstand der „Topographia“ feierte sodann Bier als ein allzeit freies und eifriges Mitglied und überreichte ebenfalls ein Erinnerungsgeschenk. Der Jubilar dankte in bewegten Worten für die Ehrung und versprach, auch in Zukunft allzeit, solange es ihm möglich sei, den Kollegen mit Rat und Tat zu dienen, und ermahnte die Kollegen zum festen Zusammenhalten und zur Einigkeit. Alles in allem, es war eine Feier, die den Veranlassern und dem Gefeierten alle Ehre machte, und die sicher noch lange in der Erinnerung der Regensburger Kollegen fortleben wird. Dem Jubilar aber wünschten wir noch einen langen, sorglosen Lebensabend, umgeben von seiner Familie und in besser Gesundheit!

Saarbrücken. Der hiesige Ortsverein feierte nach vierjähriger Unterbrechung unter zahlreicher Beteiligung der Kollegenhaft und ihrer Angehörigen am 9. August im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ sein Jubiläum, verbunden mit der Ehrung von sechs Jubilaren, der Kollegen Max Graf, Heinrich Selnes, Peter Deimling, Jakob Horn, Emil Haffinger und Gustav Groß. Nach einigen Konzertsätzen und Chören des Gesangsvereins „Oulenberg“ begrüßte Vorsitzender Reuland die Erschienenen, streifte kurz den Werdegang und die Bedeutung unserer Organisation und gedachte in warmen Worten der Jubilare. Er überreichte jedem eine Urkunde als Zeichen der Anerkennung für ihre treue 25jährige Mitarbeit und spornete die jungen Kollegen an, es den Jubilaren nachzumachen. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Groß und versprach, daß sie auch weiterhin ihre Kräfte der Organisation widmen würden. Auch der Gesangsverein „Oulenberg“, welcher trotz mancher schmerzlichen Verluste wieder auf der alten Höhe steht, gedachte der Jubilare, welche, wie sie sich als Buchdrucker gestellt, dem Verein als Mitglieder angehören, durch Überreichung von Blumensträußen, während Kollege Groß als Vorsitzender von den aktiven Eignern eine Tabakspfeife erhielt. Nach einigen weiteren Musikstücken und Gesangsvorträgen trat die Jugend der Tanz in seine Rechte. Eine Sammlung zugunsten der baldigst heimkehrenden Kriegsgefangenen erbrachte eine schöne Summe.

Simbach a. Inn. Durch Verlegung der Graphischen Kunstfabrik Franz Mondrian von München nach hier ist es unfern Verbände möglich geworden, offiziell seinen Einzug zu halten. Aus diesem Grunde war es auch der einmütige Wunsch aller hier konditionierenden Kollegen, einen Ortsverein ins Leben zu rufen, und dieser ist auch gleichzeitig dem erst vor einigen Wochen gegründeten Bezirksverein Jangau (Gib Mühlbach) angegeschlossen worden. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Weiland, zum Kassierer Kollege Siehle gewählt.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Der „Korr.“ in die besetzten Gebiete! Vor einigen Tagen erhielten wir von dem Vorsitzenden in Saarbrücken die Nachricht, daß nach neun Monaten das Verbandsorgan nun wieder eintrifft; mit welchen Gefühlen dieses Wiedersehen dort begrüßt worden ist, können diejenigen, die glücklicherweise nicht zu den Einwohnern zu zählen brauchen, kaum richtig nachempfinden. Es ist insofern nicht die Abberperung der geistigen Nahrungszufuhr ganz unterschiedlich gehandhabt worden, am wenigsten sichtbar war sie in der amerikanischen Sphäre, am schärfsten in der französischen. Für den Mittelrhein hat das Gauvorstandsmitglied Seiwert in Ludwigshafen bei dem französischen Oberbefehlshaber Erleichterungen für das Versammlungsleben durch persönliche Vorstellungen erwirkt, wozu auch der Verband des „Korr.“ profitierte. Daraufhin wurden Nach- und Neubestellungen auf den „Korr.“ bei der Post wie bei uns angemeldet. Wir landeten Pakete und Kreuzbänder an die aufgegebenen Adressen ab, jedoch kamen die Sendungen nach Mainz, Wiesbaden, Worms, Neunkirchen und Bingen zurück, weil die Auslieferung verweigert wurde. Ein uns von Herrn Buchdruckermeister Seidler in Bleibach erhaltener Brief, für die Freigabe des „Korr.“ durch eine Eingabe an die Wirtschaftsabteilung der X. Armee in Mainz zu richten, war schon durch einen vorübergehenden Schritt zu befolgen versucht worden; wir erhielten jedoch keine Antwort. Der bei der Befragung keinerlei gegebene Zusicherung, eine spätere Nachlieferung durch Mehrdruck zu ermöglichen, ist unersetzlich entprochen worden, insofern der Vorrat anstreiche. Durch erhebliche Nachbestellungen von der Post aus sind wir aber nicht mehr in der Lage, allen Anforderungen wünschgemäß genügen zu können. Wir erlauben deshalb, eine geringere Anzahl zu verlangen und dann für eine sparsame Verteilung Sorge zu tragen, damit möglichst alle Orte wenigstens etwas erhalten können. Einzelne Nummern sind infolge ganz unglücklicher Nachbestellungen durch das Leipziger Zeitungspostamt schon vergriffen. Es ist durch nochmals vermehrte Mehrdruck aller Voraussetzt nach vorgetanzt worden, daß nachverlangte Nummern nicht mehr geliefert werden können. Der zu vielen Verdrüßlichkeiten Anlaß gebenden Unsicherheit scheint nun ein Ende

gemacht zu werden. Herr Seidler handte uns dankenswerterweise unterm 23. August ein Rundschreiben der Gewerkschaftsvereinigungen für Übergangswirtschaft in Bleibach, wonach bis auf einige Ausnahmen die Presse fast ungebundenen Einlaß findet. Es heißt in einer die Zensur betreffenden Bekanntmachung des (französischen) militärischen Administrators des Streites Wiesbaden wörtlich: „Erlaubt ist die Veröffentlichung ohne vorherige Zensur und die Einfuhr in das besetzte Gebiet von allen Zeitungen, Zeitschriften, Brochüren, Büchern und Filmen, von welcher Herkunft sie auch sein mögen, mit Ausnahme derjenigen, die Gegenstand eines besonderen Verbots sind oder sein werden.“ Diese Bekanntmachung ist vom 19. August datiert; nach einer vorhergehenden vom 29. Juli waren noch verboten: „Wirtschaftsdienskt“, „Bankbeamtenzeitung“, „Die junge Lehrerin“, „Illustrierte Arminialzeitung“, „Nachgerabender“, „Der Regulator“, „Taschenbuch der Auslandskorrespondenz“, „Inwieweit diese Zeitschriften nun durch die neue Verordnung freigegeben worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Es könnte aber für den „Korr.“ der Fall eintreten, daß auch jetzt noch Inzidenzen eine ungleiche Methode in der Zulassung von Zeitungen und Zeitschriften usw. beliebt wird, da bekanntlich bei den allerersten Befehlsbehörden die Einseitigkeit zu vermischen ist. Für solche Fälle empfehlen wir den schon erprobten Weg, bei Buchhandlungen an Ort und Stelle den „Korr.“ zu abonnieren und von uns aus diese Zulassungen an die betreffenden Bürgermeistereien teilen zu lassen; die Abholung erfolgt von da aus durch die Buchhandlungen. Die Kosten für die Pakete oder Kreuzbanderungen müssen allerdings die bestehenden Mißstände tragen; es wird ihnen darüber vierjährig Rechnung durch uns zugehen. Es kann hier nur ein Vorbehalt in Frage kommen. Aber in Hinblick auf die aus den Versammlungsberichten in der „Zeitschrift“ hervorgehenden Absichten, für die besetzten Gebiete an allen durch den Tarifauslaß getroffenen Vereinbarungen Abstriche vorzunehmen — hienichtlich haben die jetzigen Verordnungen dem einen Regel vorgeschoben, denn tatsächlich ist es bei den Maßbewilligungen hier und da nicht bloß bei den Verbänden geblieben — liegt uns alles daran, die Kollegenchaft liberal in den Besitz des „Korr.“ gelangen zu lassen. Wo zu diesem Vorbehalt geschrifteten werden müßte, soll die Verbenung nummernweise (nicht wochenweise) erfolgen, da die Unterrichtung über die Berliner Verhandlungen, mit der voraussichtlich in der nächsten Nummer der Anhang gemacht werden kann, doch Zug um Zug gegeben wird. — Unklarer liegen die Verhältnisse noch für die Gau Posen. Es sind auch nach Berlin jetzt Erleichterungen eingetreten, aber einmal kommen unsere Zeitschriften oder Sendungen an, dann gelangen sie wieder zurück. Hier könnte erorderlichenfalls der „Korr.“ in beschränkter Anzahl durch Briefsendungen an eine Vorstandsadresse vermittelt werden. Das würde allerdings teuer und die Postkosten müssen selbst getragen werden, aber es wäre doch ein Ausweg. Man mache uns also Mitteilung. — Es wird somit alles von uns getan werden, noch bestehende Schwierigkeiten in der Zustellung des „Korr.“ in die besetzten Gebiete nach Möglichkeit zu überwinden. Kostentklich kann nun der Kontakt mit den Abgetrennten besser aufrechterhalten werden!

Buchdrucker im Kommunal- und Arbeiterdienst. Seit November v. J. als Mitglied des Arbeiterrats die Kontrollinstanz beim Regierungspräsidenten ausübend, wurde Kollege Moritz Wilhelm in Stade jetzt zum Senator der Stadt Stade ernannt und zum Regierungspräsidenten beauftragt. — Kollege Hans Hofmann wurde in den Stadtrat von Donauwörth gewählt.

Grober Anzug. In der Nr. 67/68 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ wird durch ein auffälliges Inzident von der U. Schneiderischen Buchdruckerei in Gangerhausen ein erschlagener Zeitschriftenmoleur, gewissenhaft, unlässig und schnell arbeitend, getödtet, der in der Lage ist, 160-180 Quartseiten wöchentlich zu umbrechen und zugleich Abteilungsleiter sein kann. Wir halten ein derartiges Verlangen, selbst bei Zulassung guter Bezahlung des Postens, direkt für groben Anflug, denn 180 Quartseiten pro Woche, das sind 30 Seiten pro Tag, Text und Inzerate in regulärer Arbeitszeit zu umbrechen und noch Abteilungsleiter zu sein, dazu gehören entschlossen mehr als nur zwei Hände und ein Kopf. Wir meinen, selbst im Zeichen einer rationelleren Verwendung der menschlichen Arbeitskraft, von der die Zukunft unseres Wirtschaftslebens beherrscht sein wird, muß die Kirche im Dorf bleiben. Keinesfalls dürfen Leistungen verlangt werden, die überpersönliche Kräfte erfordern.

Beschränkung der Pressefreiheit. In Wabänderung und Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1919 bestimmt eine neue Verordnung des Reichswehrministers Kosche folgendes: „Das Erscheinen von Tageszeitungen und periodischen Druckschriften ist verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Oberkommandos.“ In einer Urk. offiziellen Begründung dieser Maßnahme wird gesagt, daß das Erscheinen von Tageszeitungen bisher abhängig war von der Genehmigung des Oberkommandos. Da in der letzten Zeit jedoch Berlin mit einer Fülle von periodischen Druckschriften überschwemmt worden sei, die meist verbeidenden oder unklaren Inhalt hatten, wäre eine Kontrolle auch dieser Zeitschriften notwendig geworden. Wir berufen uns grundsätzlich jeden gewalttätigen Eingriff in die Arbeit und den Betrieb der Presse aufs entschiedenste. In erster Linie deshalb, weil jedes derartige Vorgehen gegen die Pressefreiheit die Buchdrucker wirtschaftlich schädigt. Zur Aufrechterhaltung der dringend nötigen haaltlichen Einheit und Ordnung sind die bestehenden Strafsanktionen unserer Meinung nach vollständig ausreichend. Wo mit der Pressefreiheit offener Mißbrauch getrieben wird, was wir durchaus nicht gutheißen

wollen, siehe man die Mißfäler auf Grund der geltenden Etroffbestimmungen für die Presse unmaßhlich zur Verfügung. Mit generellen Beschränkungen der presserechtlichen Verordnungen jedoch sollten gerade die leitenden Mitarbeiter eines republikanisch-demokratischen Staatswesens an in del esenden Gründen doppelt vorichtig sein, denn was die Presse frei ist, wird hier meist zur Plage für Regierle und — Neugierde.

Ein Dreistraßenzettel. Ein amerikanisches Konfortium, an denen C. H. Johnson de Kay steht, beabsichtigt in G. C. H. dem Elbe des zukünftigen Wätherbundes, eine Zeitung in französischer, englischer und deutscher Sprache herauszugeben. Sie soll, nach den Mitteilungen in der Zeitschrift darüber, die Sozialisierung Europas fördern und ist gegen den Weltbewusstsein gerichtet. Die Mittel dazu in Befrage von mehreren Millionen Franken sind dem Herausgeber der „Gazette“ „Feuille“ zur Verfügung gestellt worden. Die Zeitung wird sogar täglich zweimal erscheinen.

Über sechs Millionen Mitglieder in den freien Gewerkschaften Deutschlands! Zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg konnte von einem Anwachsen der Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften auf über fünf Millionen berichtet werden. Seit ist jene Zahl bereits bedeutend überholt. Nach den neusten Zählern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind gegenwärtig 6.097.000 Mitglieder in den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden vorhanden. Nicht erkrankte Anzahl zeigt am besten, daß aller Propaganda der linkslebenden Revolutionsgruppen zum Trotz die Arbeiterbewegung doch erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den meisten Punkten seit dem Nürnberger Gewerkschaftskongress rund 7.000 neue Mitglieder den freien Gewerkschaften zuströmen, ist nicht ohne Bedeutung. Sie darf als symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse der Arbeiter ist eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die sich nicht von Zufallsstimmungen führen läßt, sondern selbstbewußt ihres Weges geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Solange die Arbeiterchaft den festen Boden unter den Füßen nicht verliert, darf mit Sicherheit auf ein weiteres Anwachsen und lasträchtiges Wirken der deutschen Gewerkschaften gerechnet werden.

Beendigung des Streiks im Leipziger Gastwirts- gewerbe. Ein etwa zweiwöchiger Konflikt im Leipziger Gastwirtsgeerbe, der nach der Erledigung der eigentlichen Tarifverhandlungen mit den Kellnern durch die Weigerung der letzteren hervorgerufen wurde, einen besonderen Teuerungszuschlag der Wirte in Form eines Bedienungsgeldes mit einzuführen, ist durch Schlichtung des Schlichtungsausschusses nunmehr erledigt. Die Kellner bestritten den Wirten das Recht, den bewilligten Teuerungszuschlag besonders erheben zu lassen, sie verlangten vielmehr, daß der im Tarife festgelegte 8-16prozentige Teuerungszuschlag vom Umlage zu berechnen sei. Die Wirte hingegen erblickten in dem Verlangen der Kellner das vorstehende Bemühen, dem eben abgeschafften Trinkgelderwesen mit der Zeit wieder Eingang zu verschaffen und behaupteten überdies, der Teuerungszuschlag gehöre nicht zum Umlage. Würden die Prozente von der Gesamtannahme berechnet, also einschließlich des Teuerungszuschlags, dann würden die Kellner mehr erhalten als tariflich vereinbart. Aus diesem Grunde beharrten die Wirte auf ihrem Standpunkt und drohten ihm mit allen Mitteln hochzuschalten, indem sie selbst während der Messe die Geschäfte geschlossen halten wollten. Das wäre natürlich für die Kellner ein starker Verdienstentgang gewesen, und es war nur vernünftig gehandelt, wenn sie schließlich eine entgegenkommende Haltung insofern einnahmen, als ihre Vertreter erklärten, sich einem Schlichtungsbeschlusse des Schlichtungsausschusses unterwerfen zu wollen. Dieser Schlichtungsbeschluss bestimmt nun u. a.: Die prozentualen Zuschläge zum Grundpreise dürfen nicht getrennt einkalkuliert werden, sondern sind zusammen mit dem Grundpreise bei jeder einzelnen Ware zu berechnen. In den Preisverzeichnissen können Grundpreise, Zuschläge und Endsummen jeder einzelnen Ware getrennt aufgeführt werden, jedoch muß dem Gast ohne weiteres zahlenmäßig ersichtlich sein, wie hoch die Endsumme des von ihm zu zahlenden Preises für eine bestimmte Ware ist. Da sich auch die Gastwirte dem Schlichtungsbeschlusse füllen, ist der Konflikt als beigelegt zu bezeichnen. Streikende und Ausgesperrte begaben sich sofort wieder in die Betriebe.

Verfeuerung der Teuerungszulagen. Die schreiende Ungerechtigkeit, daß die Teuerungszulagen der Arbeiter und Privatangestellten versteuert werden müssen, die der Beamten aber nicht, hat in den benachteiligten Kreisen eine berechtigige Empörung ausgelöst. Die Teuerungszulagen stellen ja kein Entgelt für Mehrleistungen, sondern einen Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung dar, und sie dürfen als solche der Verfeuerung überhaupt nicht unterliegen. Wenn der Staat diese Teuerungszulagen aber schon als steuerpflichtiges Einkommen mit in Rechnung stellen zu müssen glaubt, so sollte er wenigstens von dem ehemo herherrschenden Brauche, bei den Beamtenkategorien eine Ausnahme zu machen, absehen. Aberhaupt muß mit dem auch heute noch teilweise geltenden Steuerprivileg gewisser Staats- und Kommunalbeamten sowie der Geistlichen und der Offiziere endgültig und entschlossen aufgeräumt werden. Die betreffenden Beamten werden lediglih für ihre Dienste entlohnt, ebenso wie Arbeiter und Privatangehörige, und es ist daher nicht einzusehen, weshalb gerade sie einen steuerlichen Vorzug genießen sollen. Eine solche Schonung ist auch in Anbetracht der beispiellosen Finanznot, in der Staat und Kommunen sich be-

finden, nicht zu rechtferigen. Ausgleichende Gerechtigkeit tut hier dringend no!

Ausgehobenes Papiergebältschneff. In Barmen wurde eine Gebältschneff entdeckt, die sich mit der Herstellung von solchem Papiergebältschneff befähigte. In der Hauptsache wurden falsche Reichsbanknoten zu 50 Mk. hergestellt. Der Betrieb war beim Erscheinen der Polizei in vollem Gange. Acht Personen, in deren Besitz große Mengen falscher Scheine vorgefunden wurden, kamen in Haft.

Verschiedene Eingänge

Arbeiten aus der Praxis als Kauterologien für Seher und Drucker. Verlag W. Piepenhauer, Braun schein. Mappe 7: Verschiedene Abzidungen; enthält auf 12 Karten 100 Abzidungen. Diese sind fast alle in der Mehrzahl gute Zeichnungen. Neuzulassung der Schriften bringen Abzidung, Eigenart und anregend wirken jedoch nur die Arbeiten: zwei Abzidungen (Piepenhauer, Weinbube), eine Gebältschneff (Zehrentz) sowie eine Spielkarte (Piepenhauer). Ein 4. Programm und 4. 2. Teil hoffentlich besser ausgefallen werden; beide sind nicht vorbildlich. Auf laubenden Druck, harmonische Farben und gute Papiere wurde Sorgfalt gelegt. Ein zweifelhafter Umstand ist die Angabe an gerarbeltem, beltem, ockergefärbtem Papier, um nicht das Ganze; der Preis von 3,25 Mk. (mit Porto) erscheint im Verhältnis zum Gebotenen zu hoch.

Briefkasten

W. H. in B.: Ihr Verammlungsbericht ist in meinem erscheinenden (Nr. 97). Wie schon verschiedentlich Reklamationen gegenuber bemerkt, haben in den letzten Wochen alle Verammlungsberichte, die sich nicht von der Tarifauschussung in irgendeiner Weise befreien, zuruckzufahren erfordern müssen, sonst wäre gar kein Durchkommen bis zum 22. August möglich gewesen. Es barmen nun noch diese Korrespondenzen der Aufnahme. Das Nachhol in geschäftlich auf Kosten von ungeliebten und redaktionellen: rufen, sowie letztere nicht tariflicher Art sind. Es muß bei der immer noch starken Raumbeschränkung bald der und bald jener Teil Vorsehung oder Antantierung erfahren. Um nicht kann die Redaktion in ihrem Bestreben, trotz vieler Schwierigkeiten allen Anforderungen in der geschickten Weise noch zu entsprechen, das dadurch werden, daß jede Einbringung zu kurz wie nur möglich gehalten wird. — **U. M. in B.:** Ihre Darlegungen mit Interesse gelesen, zur Aufnahme war es jedoch zu spät, da der Tarifauschussung schon lagte. Was Sie sagen, deckt sich mit der allgemeinen Auffassung. Das die Prinzipalversammlung in Saarburg am 15. August mit den Tagesordnungspunkten „Abbau der Feuerungsanlagen“, „Einkaufsvericherung“, „Organisationsfragen“ ziemlich ergebnislos verliefen ist, dürfte auf die bereits eingetretene Erkenntnis zurückzuführen sein, zu 1 und 2 schon festzustellen. Allerdings hat die Prinzipalversammlung vom Kreis III in Aöln am 29. Juli, an der auch Vertreter aus dem Kreis III mit allen Absichten einer Ausnahme-

Reklamation in betreff Feuerungsanlagen, Arbeitszeit, Ferien und Ruhezeit für die bestellten Gebältschneff, nicht um 10 kräftiger eingedruckten auf solche Beschlüsse der für die Gebältschneff in Linien. Warum die Zeitungsvorleger und Buchdrucker-Besitzer nicht selbst zur Papiererzeugung übergehen, um der Ausweitung der Papierfabriken zu entgehen, wogegen man sich viel zu wenig wehrt? Ja, früher haben wir uns diese Frage oftmals vorgesetzt und sind darauf auch schon zu sprechen gekommen. Jetzt wird man wohl nicht darauf zurückkommen, rief die Eingangsfrage nicht richtig, die unsere Erachtens bei der Papierfabrikation nicht zuletzt beginnen können. — **U. G. in B.:** Die Umzahlung jener Teile im Nr. 94 gelang nach Erwägungen in der „Zeitschrift“ und „Zeitung“ u. s. w., hauptsächlich aber auf Grund des Verzeichnisses der großen Prinzipalversammlung am 3. August in Leipzig. Über die wurde bei der letzten Gelegenheit angeführt, daß die Umzahlung des Vorhanges, daß dort die Zeitungsvorleger die Prinzipalversammlung gebührend helfen. Buch Eingänge auf die Gebältschneff. Wir haben erst erklärt, über Einzelheiten nicht unterrichtet zu sein. Aus Ihrer Aufklärung geht nun hervor, daß in Gesehendem nicht die Welt untergegangen und nicht gepufft worden ist, sondern ohne Zweifel eine Verständigung stattgefunden hat. — **Em. in B.:** Erhalten; so fahren wir schon viel besser. — **Th. M. in B.:** „Eobald Raum zu erdrigen ist, wird das in der Gewerkschaftsreise mitabhandelt werden.“ — **U. M. in B.:** Sogar eine ganz gute Abzidung. — **U. G. in B.:** Sehr gut, es muß auch einmal solche Hoff getroffen werden. — **U. M. in B.:** Soll Aufnahme finden; Ihr Standpunkt ist aber nicht richtig und wird von der Mehrheit der Kollegen auch nicht geteilt. — **D. M. in B.:** Die Verhandlungen des Tarifauschusses sind auch am 28. August noch fortgegangen. Beschlüsse werden erst in der letzten Sitzung definitiv gefaßt. — **U. M. in B.:** In Neuauflage. Besten Dank. — **U. M. in B.:** In Leipzig: Der Verlust des betreffenden Artikels in Nr. 97 denkt im Traume nicht daran, die akademischen Korrekturen in unsern Reihen als Verbandsmitglieder zweiter Klasse abzuheben. Mögen er sich mit wahren Redakteur, im Idealfall die Aufgabe, daß Außenleiter als Korrekturen der Vor- der Korrekturen verschleppen und obendrein den Buchdruckern das Brot aus der Hand klagen.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.
Fernprediker: Emil Starck, Nr. 1191.

Adresseneränderungen

Brandenburg (Ost): Kaffler: Karl Ruf, Marktstraße 5 I. Sieve. Vorsitzender: Friedrich Strömmer, Kälberstraße 2. Saarbrücken. Bezirksvorsitzender: Ludwig Reuland, Vorhagenstraße 18.
Schwern: M. Ortsvorsteher: Fritz Barfeld, Bismarckstraße 29 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Bayern die Seher I. Gottfried Sedel, geb. in Schlüßfeld 1901, ausgl. in Jol 1918; 2. Ludwig Baumig, geb.

in Augsburg 1896, ausgl. dal. 1917; waren noch nicht Mitglieder; 3. Joseph Anall, geb. in Reichenhall 1892, ausgl. dal. 1923; 4. Franz Nicksauer, geb. in Mühldorf 1888, ausgl. dal. 1923; waren schon Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau Dresden der Drucker Eugen Adde, geb. in Dresden 1873, ausgl. in Meißen 1892; war schon Mitglied. — S. Steinbrunn in Dresden, Marktstraße 7 I.
Im Gau Hannover der Seher Hermann Neugebauer, geb. in Krolsdorf 1900, ausgl. dal. 1919; war noch nicht Mitglied. — Gustav Wülfing in Hannover, Emilienstraße 3.
Im Gau Weiskirchen die Seher I. Franz Bingerer, geb. in Weiskirchen 1898, ausgl. in Obernburg 1916; 2. Edward Walker, geb. in Bonlanden a. B. 1901, ausgl. in Stuttgart 1919; 3. der Drucker Hans Bonold, geb. in Rangenau bei Elm 1896, ausgl. dal. 1914; waren noch nicht Mitglieder; 4. der Schmiedebogen Paul Birkenhofer, geb. in Weimach 1896, ausgl. in Buchau a. B. 1913; war schon Mitglied. — G. Stein in Stuttgart, Heufeldstraße 54.

Verammlungskalender

Kuerbach-Glefeld-Galkenstein: Verammlung heute Sonnabend, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Vergeltet“, Glefeld.
Glefeld: Bezirksverammlung Sonntag, den 7. Sept. mber, nachmittags 12 1/2 Uhr, in der „Zentralhalle“ in Elmold. Anträge an der Tagesordnung.
Dresden: Korrekturenverammlung Sonntag, den 31. August, um mittags 10 Uhr, im Restaurant „Senefelder“, Kaulbachstraße.
Altenheim: Bezirksverammlung Sonntag, den 14. September, nachmittags 2 Uhr, in Goslar. Anträge bis 6. September an den Vorsitzenden.
Leipzig: Korrekturenverammlung Montag, den 8. September, abends 6 Uhr, in der „Goldenen Gage“, Dresdener Straße 18.
Mühlhausen: M. Bezirksverammlung Sonntag, den 7. September, nachmittags 2 Uhr, im Breinshale Madenbrock in Mühlhausen, Mühlhäuser Straße.
Wiesbaden: Bezirksverammlung Sonntag, den 14. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Tischenhof“ in Pfortheim, Holzgartenstraße.

Uns dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Zweite Sitzung des Ausschusses.
Korrespondenzen: Erding. — Kassel. — Laub. — Marburg. — München. — Regensburg. — Saarbrücken. — Simbach.
Kassel: Der „Storr.“ in die besetzten Gebiete! — Buchdrucker im Kommunal- und Arbeiterschutz. — Grober Unfug. — Beschränkung der Pressefreiheit. — Eine Dreiparochienzeitung. — Über 6 Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften Deutschlands. — Beendigung des Streiks im Leipziger Gastwirts-gewerbe. — Befreiung der Feuerungsanlagen. — Aufgehobenes Papiergebältschneff.

Tarifkreis X

Sonntag, den 31. August, vormittags 10 1/2 Uhr, in „**Wans Gesellschaftshaus**“, Zehendenhof 10:

Verammlung der tariffreien Gehilfen
Tagesordnung: Bericht von der Sitzung des Tarifauschusses.
Der Gehilfenvertreter: Fr. Runkler.

Das Problem einer neuen Berufsverfassung
für das deutsche Buchdruckgewerbe. Von Karl Schaeffer. Portofrei 70 Pf.
Preisliste Nr. 6 für Fachbücher und Verlage.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften Leipzig, Salomonstraße 8 III. Postfachkonto 53433. (419)

Die Macht der freien Rede
„Reden können“ bedeutet heute alles! Auch Sie orteilchen diese Gabe nach kurz. Studium durch:
Gehaft M. 5.70
gebund. M. 7.90
postfrel. Nachn.
35 Pf. mehr.
von Walter Möller. — M. stellt in köhner Sprache das bisherige Dogma aller Lehrbücher belaste und orteilcht damit, daß sein Buch die Lehre der Redekunst klar und leichtfaßlich darstellt. — schreibt „Vor Vortrag“ Weimar.
Versand „Arvi“ Abt. Literatur, Leipzig 90, Postf. 122

3.5.8
Das Geheimnis der Harmonie im Druckwerk ist ergründet
Verlangen Sie Prospekt 3:5:8 vom Verlag Julius Maier, Leipzig 15.

Das Geheimnis der Harmonie im Druckwerk ist ergründet
Verlangen Sie Prospekt 3:5:8 vom Verlag Julius Maier, Leipzig 15.

Monotypgießer
ge such t. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig, Brellkopfsstraße 7. [388]

Lüchtiger Schriftgießereifachmann
Ende 40, war schon 18 Jahre als Schriftgießereifachmann in kleinerem Betriebe tätig, guter Komplexionsfachmann, mit Metallgüssen und gals. Metallmatrixenerzeugung bestens vertraut. Verleihe hal auch lange Jahre einer galvanoplastischen Anstalt als Leiter vorgefunden. In der Schriftgießerei oder Lithographie leitende Stellung. Geht. Offerten unter „Selbstständig“ A. H. 413 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erden.

Suverlässiger, lüchtiger Maschinenmeister
selbständiger, sauberer Arbeiter, 40er, lehrberechtigt, guter Maschinenkennner, in allen Druckarbeiten (speziell Abzidenz, Illustrations-, Auto- und Farbendruck) bestens versetzt, in Reklamationen nicht unerfahren, lücht, gestift auf beste Empfehlungen. Dauerstellung eventuell Betriebsvorspannen. Egal wohn. Gest. Angebote unter H. E. 418 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Linothpesezer
guter Maschinenkennner mit mehrjähriger Praxis, Wohn- und Tarif, stellt sich ein 407
Druckerei Westphal, Bremen, Fleisensweg 5.
Telegrammadresse: Massendruker.

Linothpesezer
welcher im polnischen und deutschen Sache gleich bewandert ist, findet dauernde Stellung bei guter Bezahlung. Angebote unter Nr. 416 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Süchtiger Professionsmaschinenmeister
zur Bedienung einer neuen 16zeiligen König- & Bauerischen Zwillingsoberationsmaschine nebst Stereotypie per Mille September zum Eintritt ge such t. Nur wirklich tüchtige, erfahrene Maschinenkennner wollen sich sofort melden unter Angabe ihres Lohnansprüche. [418]
Verlag der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Sol l. Bayern.

Lüchtiger Söhnefräser und Komplexionsmaschinenmeister
ge such t. [415]
Schriftgießerei D. Stempel, Akt.-Ges., Frankfurt a. Main.

Maschinenmeister
29 Jahre, tüchtiger Illustrations-, Werk- und Plättendrucker, such t zum 1. Oktober oder später Stellung; eventuell auch als Schweizerdegen. Als solcher vertraut in allen Scharfen sowie mit Tiegeldruckpressen. Offerten erden an [412]
Karl Fiedrich, Lothow bei Dresden, Strellhaer Str. 12b.

Sünger Maschinenmeister
19 Jahre alt, mit Schnellpresse und Tegel ver. auf, such t baldigst Stell. Angeb. an Albert Rauber, Eddingen a. Rh. [395]

Strebsamer Maschinenmeister
25 Jahre alt, bewandert in allen vor kommenden Arbeiten an Schnell- und Tiegeldruckpressen, such t sich sofort dauernde Stellung. Gest. Angebote an Paul Wagner, Schwelblich l. Schl., Reichenbacher Straße 14. [395]

Allerer selbständ. Schweizerdegen
mit Leberrecht, stoller Seher, sauberer Drucker, an Tegel u. Schnellpr. erfahren, such t sich, gestift auf jede Zeug-, nach Eüderdeutschl. Nähe Schweizerdegen zu veränd. Off. mit Wohnang. un. A. W. H. 390 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erden.

Sünger, lüchtiger Schweizerdegen
such t dauernde Stellung. Gleich wohn. Offerten an G. Franz, Wagnen im Allgäu, Spitalstraße 124.

Wie soll ich zurichten?
Ein Reiseführer, Aufsuch der Jurisprudenz in allen Branchen auf Schnellpresse u. Tegel, 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunstbrudi, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner **Der Buchdrucker am „U. B.“**
Ein Ratgeber u. Einleitung des Universal-Bogenzählers auf alle Dimensionen; 95 S., 12 Abb., geb. 1,55 Mk. postfrel geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Ein- und mehrfarbige Akzidenzen
Arbeiten aus der Praxis als Musterarbeiten für Seher und Drucker in bew. Mappen-Aufmachung
Neul Mappe 7: Verschiedene Abzidenzen (2. Folge)
W. Piepenhauer, Buch d. Braun schweig, Reichstr. 3 | Prospekt frei!

Empfehle in 10-Pf.-Paketen unfrankiert unter Nachname: [414]
Kaffe, garantiert rein, p. Pfd. 12 Mk.
Kaffe, gebrannt, . . . p. Pfd. 12 Mk.
Kaffe, prima, . . . p. Pfd. 3 Mk.
Schmalz, amerikan., . . p. Pfd. 1 1/2 Mk.
Kornseife, 72 Proz., ca. 450 g, 6 Mk.
Tollseife, . . . Stück 1,50, 3, 5 Mk.
G. Mahr, Mainz, Mainzstraße 32.

Kaufmännische Organisation
der Buchdruckereien (Zuchführung, Preisberechnung). Gelegene Fachlehrbücher im Grupp. Verlag H. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Schriftvorlagen Ahlen, Pinzetten
Verband d. Deutl. Typogr. Gesellsch. Leipzig, Salomonstr. 8. Postf. 53430.
Für die Gehilfenprüfung
empf. geeignete Fachlehrbücher. Grupp. Verh. H. Siegl, München, Katalog 25 Pf.

Bostonpresse
(fast neu) sofort zu verkaufen. Offerten unter K. 403 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Seherblusen Kieffelanziige Maschinenmeisteranzüige Schuhmäntel
empfehl [60]
Arno Chold, Gera (R.), Fabrik für Berufskleidung.

Teilzahlung
Ultran, Photaraktik, Musik-Instrumente, Schmucksachen, Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrel Hofern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Perforierkämme
v. Perforiermaschinen werden schnellstens repariert oder erneuert nach Müller. **Bejner & Moll, Düsseldorf.** [397]

Am 11. Juli starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes Mitglied, der Seher [406]
Franz Schumann
im 61. Lebensjahre.
Sein gerader Charakter ficht ihm abgibt ein treues Gedenken.
Der Ortsverein Halle a. d. S.

Am 24. August verstarb unser lieber Kollege, der Drucker
Walter Franke
aus Hamburg, im 19. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 11. Juli starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes Mitglied, der Seher [406]
Franz Schumann
im 61. Lebensjahre.
Sein gerader Charakter ficht ihm abgibt ein treues Gedenken.
Der Ortsverein Halle a. d. S.

Am 24. August verstarb unser lieber Kollege, der Drucker
Walter Franke
aus Hamburg, im 19. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 11. Juli starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser liebes Mitglied, der Seher [406]
Franz Schumann
im 61. Lebensjahre.
Sein gerader Charakter ficht ihm abgibt ein treues Gedenken.
Der Ortsverein Halle a. d. S.